

Ausgeburts eines rechten Weltbildes

Die AfD hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und Männer unter ein und demselben Dach fordert und damit die Frauenhäuser zur Disposition stellt.

„Erneut verleugnet die AfD mit ihrem patriarchalen Weltbild die strukturelle Diskriminierung der Frauen. Sie verharmlost, dass die Männergewalt gegen Frauen das eigentliche gesellschaftliche Problem ist“, betonte die LINKE-Abgeordnete Karola Stange.

Sicherlich gebe es auch Gewalt von Frauen gegen Männer und betroffene Männer bräuchten ebenfalls Schutz. Es zeuge allerdings „von Zynismus, wenn die AfD ausgerechnet in den Tagen der ‚Me-Too‘-Diskussion einen Gesetzentwurf vorlegt, der unverhohlen einen Frontalangriff auf das Schutzkonzept und die Frauenhäuser darstellt“.

Es sei davon auszugehen, dass auch Organisationen wie der Landesfrauenrat dieses AfD-Konzept „deutlich kritisieren als das was es ist: Ausgeburts eines rechtslastigen Weltbildes, das die Unbilden einer männerdominierten Gesellschaft auf Kosten der Frauen mit Zähnen und Klauen verteidigen will. DIE LINKE ist an der Seite derjenigen, die sich für wirksame Gleichstellungsmaßnahmen zugunsten von Frauen und mehr Schutz für Frauen gegen Männergewalt z.B. durch weitere Stärkung der Frauenhäuser einsetzen.“

Wahlergebnisse wurden spannend „entschlüsselt“

Dass Wahlanalysen aussagekräftiger sein können für die parlamentarische Arbeit als gemeinhin gedacht, zeigte die Veranstaltung der LINKE-Fraktion im Landtag zu „Wahlen und Abstimmungen als Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen“.

Gerade auch nach den Bundestagswahlen war diese Diskussion am 25. Oktober ein hochspannendes Angebot, dem noch mehr Interesse zu wünschen gewesen wäre. Zumal hochkarätige Referenten da waren.

„Eine solche ‚Entschlüsselung‘ von Wahlergebnissen ist dringend notwendig, denn sie sagt bei genauerem Hinsehen auch sehr viel über die Erwartungen der Menschen an die Parlamente“, so die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. Die LINKE mache sich weiter stark für eine Ausweitung des Wahlrechts, das ein möglichst inklusives Wahlrecht sein sollte. „Die Menschen wollen klare inhaltliche Positionen und Verlässlichkeit. Wir müssen demokratische, emanzipatorische Antworten auf aktuelle Entwicklungen insbesondere zur immer größer werdenden sozialen Spaltung der Gesellschaft finden. Damit können wir auch den Rechtspopulismus zurückdrängen“, so die Fraktionsvorsitzende.

Prof. Hermann Heußner (Hochschule Osnabrück) hatte hervorgehoben, dass ein weitreichendes Wahl- und Abstimmungsrecht „die Grundprinzipien der Demokratie, insbesondere Gleichheit und

Beteiligungsfreiheit für alle, am besten umsetzt“. Niemand soll bloßer Adressat staatlicher Handlungen sein. Horst Kahrs (Rosa-Luxemburg-Stiftung) arbeitete heraus, dass Wahlen und Abstimmungen nur dann ihre demokratische Funktion erfüllen können, wenn alle die gleichen Chancen

Bei aller Ernsthaftigkeit das Thema, es wurde durchaus auch kurzweilig erörtert. Im Foto (v.links): Dr. Michael Efler, Horst Kahrs, Prof. Hermann Heußner und Anja Müller, Sprecherin der Linksfraktion für Bürgerbeteiligung.



auf politische Teilhabe haben. Allerdings verhinderten dies vielfältige soziale Hürden. Wie wissenschaftliche Untersuchungen zeigten, enthielten sich eher Menschen in benachteiligter Lage von Wahlen und Abstimmun-

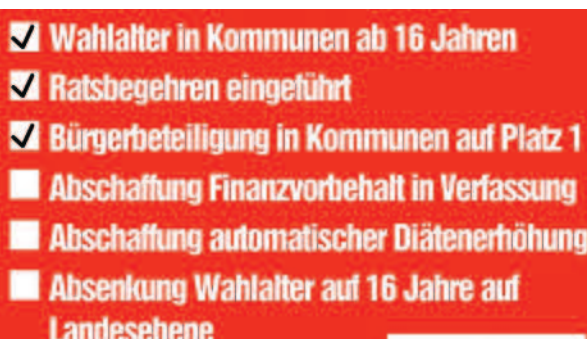
e.V. und LINKE-Abgeordneter im Berliner Parlament) warb für mehr direkte Mitbestimmung in konkreten Sachfragen. Das mache die Diskussion inhaltsreicher und fundierter, übe die Leute in demokratischer Diskussionskultur. Direkte Demokratie richtig praktiziert, dränge rechte Manipu-

latoren eher zurück. Den Parlamenten helfe die direkte Demokratie sehr, denn solche Abstimmungen seien Seismographen gesellschaftlicher Meinungslagen in der Bevölkerung zu wichtigen Sachthemen, gerade auch zwischen Wahlen und als „Blitzableiterfunktion“ bei Konfliktthemen. Darüber hinaus gab Efler zu bedenken, dass sich in den Parlamenten kaum Abgeordnete aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen befinden.

Eine ausführliche Dokumentation unter www.die-linke-thl.de

Einladung zur AG Demokratie

„Die Diskussion zu Demokratie-Themen wird mit weiteren Veranstaltungen fortgesetzt, kündigte die Abgeordnete Anja Müller an. Sie lädt ein, in der AG Demokratie der Linksfraktion mitzumachen. Erste Zusammenkunft am Donnerstag, 30. November, Raum 440 im Fraktionsgebäude.“



gen, sodass die soziale Schieflage dadurch noch verschärft werde.

Dr. Michael Efler (Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie

FRAKTION IN AKTION

Sechs Jahre danach

„Sechs Jahre nach dem NSU - Der neue Terror von Rechts“, so der Titel einer Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE am Freitag, den 24. November, 19 bis 21 Uhr, im Café Nerly in Erfurt, Markstraße 6.

Mit kompetenten Referentinnen und Referenten sollen anhand aktueller Beispiele die Entwicklungen im Bereich organisierter rechter Gewalt und rassistischen Terrors skizziert und politische Handlungsoptionen diskutiert werden. Dabei sind u.a. die Bundestagsabgeordnete Martina Renner (LINKE), Dr. Matthias Quent vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Kristin Pietrzyk, Rechtsanwältin und Nebenklagevertreterin im Ballstädt- und im Freital-Prozess, und Ulli Jentsch, Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz), Berlin.

Mahnstätte und Fonds

Der Landtag hatte am 29. September gegen die Stimmen von CDU und AfD die Anträge der Koalitionsfraktionen von LINKE, SPD und Grünen beschlossen, eine Stätte der Erinnerung und Mahnung für die NSU-Opfer in Thüringen zu errichten und einen Entschädigungsfonds für die Opfer und Betroffenen von Taten des NSU einzurichten.

Die Vorsitzende der Linksfraktion Susanne Hennig-Wellsow sagte in der Debatte: „Wir wollen einen Beitrag leisten für wenigstens eine teilweise Wiedergutmachung. Wir sehen uns, wir sehen Thüringen als Ursprungsland des NSU hierbei in einer besonderen Verantwortung, hoffen aber zugleich, dass andere Länder unserem Beispiel folgen werden.“ Die Errichtung einer Stätte der Erinnerung und Mahnung für die Opfer des



NSU war sowohl eine Empfehlung des ersten NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag als auch im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün vereinbart worden. „Uns ist es wichtig, dass hierbei nicht nur ein Ort entsteht, der an die Verbrechen des NSU erinnert und die Opfer ehrt,

sondern dass auch die Ursachen von Rassismus in den Blick genommen werden und zu aktivem Auseinandersetzen mit gesellschaftlichen Phänomenen, die solche Taten, die Rassismus in verschiedensten Erscheinungsformen ermöglichen, angeregt wird“, so die LINKE-Politikerin.